

CDU-LANDTAGSFRAKTION ZUM THEMA



SCHULPOLITISCHE LEITLINIEN

Wir vertrauen in die Zukunftsfähigkeit
unseres Schulwesens



CDU

DIE LANDTAGSFRAKTION

Die Schuldebatte vom Kopf auf die Füße stellen.



Foto: Schalte

Helmut Stahl
Vorsitzender der CDU-Fraktion im
Landtag von Nordrhein-Westfalen

Die Zukunftsfähigkeit unseres Landes hängt ab von der Qualität unseres Bildungswesens. Die Qualität unseres Bildungswesens wiederum wird wesentlich bestimmt von der Qualität unserer Schulen.

Das Schulwesen, für das wir in 2005 die politische Verantwortung übernommen haben, war gekennzeichnet durch massive Mängel. Nordrhein-Westfalen landete bei nationalen wie internationalen Leistungsvergleichen auf hinteren Plätzen. In keinem Flächenland war die Kluft zwischen sozialer Herkunft und Bildungschance so groß wie in unserem Bundesland. Zu wenig Lehrerinnen und Lehrer, zu viel Unterrichtsausfall, struktureller Reformstau und soziale Ungerechtigkeit waren das der neuen Landesregierung und neuen Landtagsmehrheit hinterlassene schlimme Erbe. Alle Mängel sind nicht kurzzeitig behebbar. Aber wir haben engagiert Weichen für zukunftsweisende, tief greifende Veränderungen zum Besseren gestellt.

Mit einem neuen Schulgesetz haben wir die Grundlagen für die Umgestaltung unserer Schulen geschaffen. Seine Säulen sind:

- Mehr individuelle Förderung
- Mehr Eigenverantwortung
- Mehr Leistung
- Mehr Zukunftsorientierung

Damit wollen wir erreichen, dass alle Kinder und Jugendliche unabhängig von ihrer Herkunft und dem Status ihrer Eltern bestmögliche Chancen zu ihrer Entfaltung erhalten.

Hinzu kommt die Neuordnung der Lehrerbildung. Wir wollen eine exzellente Ausbildung für alle Lehrerinnen und Lehrer an all unseren Schulen. Deshalb haben wir das neue und im Ländervergleich fortschrittlichste Lehrerbildungsgesetz auf den Weg gebracht.

Schulpolitik ist für uns Ordnungspolitik. Zukünftig soll nicht mehr – wie in der Vergangenheit – in alle Belange der Schulen hineinreglementiert werden. Der Staat hat mit dem Schulgesetz einen Ordnungsrahmen geschaffen und soll auf detaillierte Verfahrens- und Organisationsvorgaben verzichten. Schulen müssen zudem nach einer Zeit notwendiger struktureller Reformen wieder die Zeit haben, ihre Arbeit in Ruhe und nachhaltig zu leisten.

Die Oppositionsfraktionen und -parteien wollen die Menschen glauben machen, durch die Abschaffung von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien, kurz durch eine Einheitsschule, ließen sich die schulpolitischen Probleme lösen, die es zu lösen gilt. Diese Debatte ist ideologiegeladen und rückwärtsgewandt. Sie löst nach unserer festen Überzeugung kein Problem, sondern schafft nur neue.

Die CDU-Landtagsfraktion steht zu unseren Schulen. Wir gehen Reformen pragmatisch an, haben die ideologisierte Schuldebatte vom Kopf auf die Füße gestellt und werden unser Schulwesen behutsam weiterentwickeln.

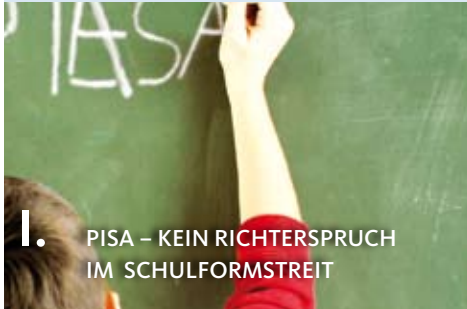
Gemeinsam mit der Landesregierung haben wir seit 2005 allen am Schulleben Beteiligten viel abverlangen müssen. Dafür sagen wir Dank. Noch ist nicht alles gut, jedoch ist vieles deutlich besser geworden. Daran, an einem guten, zukunftsfähigen Schulwesen, wollen wir beharrlich weiterarbeiten.

Dr. Jilbert Haack



Foto: Schälte

GLIEDERUNG



I. PISA – KEIN RICHTERSPRUCH
IM SCHULFORMSTREIT



II. LASST TATEN SPRECHEN



III. AUS DEM SCHATTEN DER
SCHULFORMDEBATTE



IV. EINSICHT IST DER WEG ZUR
BESSERUNG



V. AUF SOLIDE MAUERN BAUEN



VI. NICHTS IST IN STEIN
GEMEISSELT



VII. STILLSTAND IST RÜCKSCHRITT

PISA – kein Richterspruch im Schulformstreit.

Die PISA-Studien der OECD setzten nach dem Jahr 2000 eine Zäsur in die deutsche Bildungsreformpolitik. Ihr ernüchterndes Ergebnis war: Das deutsche Bildungssystem hält nicht, was es verspricht. Es weist eklatante Schwächen auf.

Weder ihrer Absicht noch ihrem Ergebnis nach sind die PISA-Studien Richtersprüche im deutschen Schulform-Streit. Es sind nüchtern vergleichende Bestandsaufnahmen über die Leistungsfähigkeit von Schulen. Offenkundig wurde: Die Politik in Deutschland hat jahrzehntelang den Großteil ihrer bildungspolitischen Kraft und Fantasie in die Schulform-Debatte investiert. Dabei wurde zugelassen, dass sich im Schatten dieser Debatte unser Schulwesen dorthin entwickelte, wo PISA es ertappt hat, und wohin es sich nicht hätte entwickeln dürfen. Liegt da nicht die Einsicht nahe, dass die Investition der deutschen bildungspolitischen Kraft und Fantasie in die Schulstruktur-Debatte größtenteils eine Fehlinvestition gewesen ist?

Die Einsicht hindert nicht, dass die alten Parolen neu aufgelegt werden. „Wir brauchen eine Bildungspolitik, die die alten Strukturen

überwindet“ – dass diese Devise der nordrhein-westfälischen SPD nach vierzigjähriger Wiederholung immer noch ungestraft als schulpolitischer Obersatz parteipolitischer Programme durchgeht, ist ernüchternd genug. Wie ernst es der Politik mit einem leistungsfähigen, sozial gerechten, modernen

Schulwesen ist, zeigt sich an der Bereitschaft, die alten Glaubenskämpfe über Schulformen zu überwinden. Auf der schulpolitischen Agenda müssen endlich diejenigen Themen oben stehen, die in den Jahrzehnten des Glaubenskampfes über Schulformen sträflich vernachlässigt wurden.



Lasst Taten sprechen.

- Wir brauchen eine neue Konzentration auf den vorschulischen Bildungsbereich, in dem das Lernen altersgerecht gefördert werden muss. Die größte Aufmerksamkeit verdient dabei der Spracherwerb, wobei vor allem bildungsbenachteiligte Kinder und Kinder mit Zuwanderungshintergrund zu unterstützen sind. Deshalb haben wir das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) auf den Weg gebracht, deshalb haben wir mit diesem Gesetz Sprachstandsfeststellungen im vierten Lebensjahr und, wo nötig, gezielte Hilfe beim vorschulischen Spracherwerb eingeführt. Wir haben Familienzentren gegründet, auch zur Unterstützung von Eltern bei der Lernbegleitung ihrer Kinder.
 - Wir brauchen eine ausreichende Lehrerversorgung und müssen Unterrichtsausfall so weit wie möglich vermeiden. Deshalb werden wir in diesem Jahr 6.915 neue Lehrerstellen, davon allein 4.000 für den Kampf gegen den Unterrichtsausfall geschaffen haben. Durch die erheblichen zusätzlichen Lehrerstellen wurde der Unterrichtsausfall schon jetzt gegenüber 2005 halbiert.
 - Wir brauchen wohnortnahe Schulen von überschaubarer Größe mit möglichst kleinen Klassen. Deshalb haben wir im neuen Schulgesetz erstmals eine Vielzahl von Möglichkeiten zum Erhalt wohnortnaher Schulen geschaffen.
 - Wir brauchen einen forcierten Ausbau des Ganztags an allen Schulformen, der der wachsenden Nachfrage Rechnung trägt. Ganztagschulen erlauben ein vielschichtiges Bildungsangebot und ein erweitertes Spektrum an Lerngelegenheiten, erhöhen die für einen modernen Unterricht erforderliche Flexibilität, arbeiten mit externen Partnern zusammen und entlasten Eltern, die Beruf und Familie vereinbaren müssen. Deshalb werden wir bis zum Jahr 2010 mehr als 200.000 Plätze im offenen Ganztag der Grundschulen und über 450 neue Ganztagschulen im weiterführenden Bereich geschaffen haben.
 - Individuelle Förderung muss zur Grundstrategie unserer Schulen werden. Die alte Streitfrage, ob eher heterogene oder eher homogene Lerngruppen vorteilhaft
- ter sind, wird zu einer nachrangigen Frage. Deshalb haben wir die individuelle Förderung als Leitbild in das Schulgesetz geschrieben und die entsprechenden Fortbildungen intensiviert.
- Die Durchlässigkeit an unseren Schulen muss verbessert werden. Jede Schülerin und jeder Schüler muss unabhängig davon, wo sie oder er startet, zu jedem möglichen Abschluss kommen können. Am Ende jeder Schullaufbahn muss die Möglichkeit zum Abitur oder Fachabitur gegeben sein. Deshalb haben wir in allen Schulformen Ergänzungsstunden zur Förderung eingeführt. Deshalb haben wir im Schulgesetz festgelegt, dass in der Erprobungsphase halbjährlich und danach jährlich geprüft wird, ob den Eltern leistungsstarker Schülerinnen und Schüler ein Wechsel der Schulform mit der Perspektive eines weiterführenden Abschlusses empfohlen werden soll.
 - Die Lehrerbildung muss neu gestaltet werden. Die Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge ist dafür eine auf lange Sicht nicht wiederkehrende

Gelegenheit. Wir wollen exzellente Lehrerbildung für alle Schulstufen, die für jede Lehrerin und jeden Lehrer den Grad eines Masters erfordert. Die didaktisch-methodische Ausbildung muss – im Zusammenhang mit intensiverer Forschung – einen weit größeren Stellenwert haben als bisher. Im Rahmen der Lehreraus- und Lehrerfortbildung ist ein noch stärkeres Gewicht zu legen auf die Fähigkeit zur Diagnose von individuellen Stärken und Schwächen der Schülerinnen und Schüler sowie auf die Fähigkeit, entsprechende individuelle Bildungspläne zu erarbeiten und die Fortschritte zu begleiten. Die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Universitäten muss institutionalisiert werden. An den Universitäten müssen Lehrerausbildungszentren geschaffen werden. [Deshalb bringen wir das neue und im Ländervergleich fortschrittlichste Lehrerbildungsgesetz auf den Weg.](#)

- Statt hauptsächlich darüber zu debattieren, wo, nämlich in welcher Schulform, Unterricht stattfinden soll, brauchen wir Debatten darüber, was im Unterricht stattfinden soll. Wie geschieht gezieltes Lernen im schulischen Umfeld? Wie wird es in Gang gesetzt, wie muss es begleitet werden, wie wird es von Lehrerinnen und Lehrern professionell gesteuert? Ob im ein-, zwei-, drei-, vier- oder fünfgliedrigen Schulsystem: Es kommt vor allem darauf an, was im Klassenzimmer, in der Interaktion zwischen Schülern und Lehrern oder zwischen Lernenden und Lernbegleitern geschieht. [Deshalb veranlassen wir mit dem neuen Lehrerbildungsgesetz einen Schub der Bildungsforschung an unseren Hochschulen, die bisher auf diesem Feld viel zu wenig gefordert waren.](#)





- Schulen und alle an Bildung der Kinder und Jugendlichen Beteiligten müssen künftig stärker zusammenarbeiten. Altes Denken und Handeln nach Zuständigkeiten und zentralen Regelungen hat zu Reibungsverlusten geführt. Aus dem beziehungslosen Nebeneinander von Bildungseinrichtungen und -bereichen muss eine regionale Zusammenarbeit mit einem eindeutigen Focus allein auf das Kindeswohl entstehen. Auch die überkommene

Trennung in äußere und innere Schulanlagen wird durch eine staatlich-kommunale Verantwortungsgemeinschaft überwunden. **Deshalb haben wir 19 Bildungsnetzwerke bereits eingeführt und werden diese auf alle 54 Kreise und kreisfreien Städte übertragen.** Dadurch erreichen wir eine konstruktive Zusammenarbeit aller Akteure im Bildungsbereich, d. h. aller Schulen und Schulformen und aller an Bildung Beteiligten vom Kin-

dergarten über die Jugendhilfe, Kirchen, Wirtschaft bis hin zu den Einrichtungen der Weiterbildung innerhalb einer Strategie des lebensbegleitenden Lernens und des bürgerschaftlichen Engagements.

- Schulpolitik muss in Zukunft als Ordnungspolitik verstanden werden und nicht, wie in der Vergangenheit, als Regelungspolitik. Der Staat schafft in Gestalt der Schulgesetze einen Ordnungsrahmen und verzichtet auf detaillierte Verfahrens- und Organisationsvorgaben. Schulen müssen Zeit haben, notwendige Reformen in Ruhe umzusetzen und nachhaltig zu arbeiten. Die „bildungsgesamplanerischen“ Regelungsvorstellungen der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts, verbunden mit dem Glauben an die Notwendigkeit einer landesweit uniformen und bis in die Details hinein von oben administrierten Schullandschaft, waren falsch und sind nicht zukunftsfähig. Die Schul- und Unterrichtsorganisation muss in Zukunft innerhalb des staatlich vorgegebenen Ordnungsrahmens eigenverantwortlichen Schulen obliegen. Dabei ist Wettbewerb um die besten und innovativsten Lösungen gewollt. **Deshalb haben wir die eigenverantwortliche Schule zu einem Kernstück des neuen Schulgesetzes gemacht.**



Aus dem Schatten der Schulformdebatte.



Die CDU-Landtagsfraktion hat die vorgeannten Themen ins Zentrum ihrer Schulpolitik gestellt – und bewusst nicht die Schulformfrage. Wir tun das in der Überzeugung, die Schuldebatte damit vom Kopf auf die Füße zu stellen. Wir haben gemeinsam mit der Landesregierung seit 2005 einen Weg zu Reformen beschritten, der kein leichter Weg ist und allen am Schulleben Beteiligten viel abverlangt. Aber es ist der Weg, auf dem das Ziel eines guten und zukunftsfähigen Schulwesens erreicht wird. Wir wollen diesen Weg weitergehen.

Die CDU-Landtagsfraktion wird auch in Zukunft Themen in Angriff nehmen, die

zum Nachteil der Kinder und Jugendlichen viel zu lange im Schatten der Schulformdebatte standen:

- Eine Neuverständigung über den Kanon einer modernen und zeitgemäßen Allgemeinbildung ist nötig. „Alle alles zu lehren“ (Comenius im 17. Jhdt.), ist längst keine mögliche Perspektive mehr. Welcher Kanon repräsentiert die Bildung, die Schülerinnen und Schüler sich erarbeiten müssen, um die heutige Welt zu verstehen und in ihr handlungsfähig zu sein? Welcher Kanon repräsentiert insbesondere das kulturelle Bildungsminimum, das von allen, gleich welcher geografischen Herkunft oder religiösen

Orientierung, in unserer pluralen Gesellschaft erwartet werden muss? Welches sind die besonderen Anforderungen der Wissensgesellschaft im Unterschied zur Industriegesellschaft?

- Zwischen den Anforderungen zentraler Lernstandserhebungen und zentraler Abschlussprüfungen auf der einen Seite und den erforderlichen Gestaltungsfreiräumen eigenverantwortlicher Schulen auf der anderen Seite muss das richtige Verhältnis gefunden werden. Lehrerinnen und Lehrer, die für Unterrichtsstoff begeistern wollen, brauchen dazu Freiraum in der Stoffwahl und Unterrichtsgestaltung. Dieser Freiraum darf nicht durch

Vorgaben so eingeschränkt werden, dass Innovationsbereitschaft und Engagement entmutigt werden. Eigenverantwortliche Schulen leben vom Engagement aller am Schulleben Beteiligten. Eigenverantwortliche Schulen sind immer auch unterschiedliche Schulen, denen es freisteht, verschiedene Wege zum selben Ziel zu gehen. Diese Vielfalt ist gewollt. Sie darf nicht durch bürokratische Gängelei verhindert werden.

- Zur Verbesserung der Bildungsbeteiligung ist eine Weiterentwicklung der Be-

rufskollegs und eine Stärkung des dualen Ausbildungssystems erforderlich. Auch die beruflichen Gymnasien an den Berufskollegs müssen gestärkt werden. Sie ebnen im Sinne der angestrebten Durchlässigkeit Wege zu weiterführenden Bildungsabschlüssen.

- Der Beruf des Lehrers muss attraktiver werden. Seine öffentliche Wertschätzung muss seiner enormen Bedeutung entsprechen. Angesichts der demographischen Entwicklung und des zunehmend stärkeren Wettbewerbs um junge, gut

ausgebildete Kräfte wird es auf Sicht schwieriger werden, genügend junge Lehrerinnen und Lehrer zu gewinnen. Wir brauchen engagierte und begeisterte Kräfte für unsere Schulen und müssen ihnen attraktive Bedingungen bieten. Auch deshalb wollen wir nicht, dass der Beamtenstatus für Lehrerinnen und Lehrer in Frage gestellt wird.



Einsicht ist der Weg zur Besserung.



Darüber hinaus ist der CDU-Landtagsfraktion daran gelegen, fragwürdige Entwicklungen beim Namen zu nennen und an ihrer Korrektur nach Kräften mitzuarbeiten:

- Seit Jahren, insbesondere seit der Veröffentlichung der PISA-Studien, greift eine unangemessene Exzellenz-Rhetorik um sich. Sie vermittelt Lehrern, Eltern und Kindern den Eindruck, dass von der jeweils nächsten Klassenarbeit Lebenswege abhängen. Kinder werden mitunter in einer Weise auf Leistung getrimmt, die bei ruhigem und sachlichem Nachdenken über kind- und jugendgerechte Entwicklungsbedingungen erschrecken muss. Die Politik muss ihren Beitrag dazu leisten, dass sich hierzulande und darüber hinaus wieder ein Klima der Gelassenheit und des Vertrauens auf bewährtes Erfahrungswissen einstellt. Um es pointiert zu sagen: Eltern, die nicht der Auffassung sind, dass ihre zweijährigen Kinder Englisch lernen oder mit den Naturwissenschaften vertraut gemacht werden müssen, tun gewiss nichts Unverantwortliches.



- So unangemessen wie die Exzellenz-Rhetorik ist die Tendenz zur Gleichsetzung von Leistung mit guten und sehr guten Schulnoten. Die Gleichsetzung ist falsch. Kinder und Jugendliche, denen Lernen, aus welchen Gründen auch immer, nicht leicht fällt, leisten für durchschnittliche Schulnoten oft mehr als viele, denen es leicht fällt, überdurchschnittliche Schulnoten zu erreichen. Das Beste aus seinen Talenten zu machen heißt für jeden etwas anderes. Wir brauchen alle, und deshalb brauchen wir eine neue Kultur der Anerkennung, in der Leistung und Leistungsbereitschaft nicht gleichgesetzt werden mit guten oder sehr guten Schulnoten.
- Wirtschaft und Gesellschaft sind in hohem Maße angewiesen auf qualifiziertes handwerkliches Können, auf qualifizierte Technikerinnen und Techniker und auf ein breites Spektrum qualifizierter Facharbeit. Diese Professionen verdienen alle Förderung und Anerkennung. Es ist falsch, aus jedem Menschen einen Akademiker machen zu wollen.

Auf solide Mauern bauen.

Mit der Schulformdebatte, die unsere politischen Mitbewerber führen, lässt sich leicht öffentliche Aufmerksamkeit erregen und der Anschein bildungspolitischer Profilierung wecken. Wer jedoch so tut, als ließen sich mit der Beseitigung von Hauptschulen, Realschulen oder Gymnasien auch die schulpolitischen Probleme beseitigen, die es zu lösen gilt, der täuscht die Menschen.

Die CDU-Landtagsfraktion bedauert, dass jetzt auch die nordrhein-westfälische FDP die Formfrage in den Mittelpunkt ihrer Schulpolitik stellt und damit die wirklichen Probleme in den Schatten. Die CDU-Fraktion ist jetzt die einzige Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, die zu allen Schulen, gleich ob in öffentlicher oder privater Trägerschaft, steht: nicht nur zu unseren Grundschulen, sondern auch zu unseren Hauptschulen, unseren Realschulen, unseren Gymnasien, unseren Gesamtschulen, unseren Förderschulen sowie zu unseren Weiterbildungs- und Berufskollegs.

Wir halten unser ausdifferenziertes, gewachsenes Schulsystem für lebendig und zukunftsfähig. Es entwickelt sich weiter, so wie es sich in der Vergangenheit entwickelt hat bis zur heutige Ausdifferenzierung. Wir wollen dieser Weiterentwicklung Freiraum, aber auch Leitplanken geben. Wir setzen

uns entschieden zur Wehr gegen eine vom grünen Tisch verordnete Neuformierung unseres Schulwesens. Wir sind überzeugt davon, dass die wirklich drängenden Probleme damit nicht gelöst, sondern nach vierzig Jahren Schulformdebatte ein weiteres Mal nur verschoben würden.



Nichts ist in Stein gemeißelt.

Nach der Bildungsreformphase, die in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts begonnen hat, leben wir in der zweiten Bildungsreformphase. Sie ist durch völlig neue Herausforderungen gekennzeichnet.

Eine dieser neuen Herausforderungen, die gegenüber der ersten Bildungsreformphase die genau entgegengesetzte Gestalt angenommen hat, ist die Bewältigung der Zahl der Schülerinnen und Schüler. In den 1960er und 1970er Jahren ging es um den massiven Ausbau von Schulstandorten und Schulgebäuden. Heute und in Zukunft geht es um die nicht minder schwere Bewältigung des Problems einer zunehmend geringer werdenden Zahl von Schülerinnen und Schülern. War das frühere Problem, Schulstandorte nicht zu unverhältnismäßig großen Massenanstalten werden zu lassen, so ist das heutige Problem, in möglichst vielen Gemeinden Schulen zu erhalten, Schulwege nicht unzumutbar lang werden zu lassen und gleichwertige Bildungsmöglichkeiten von hoher Qualität zu gewährleisten. Nach aktuellen Prognosen wird es im Schuljahr 2020 knapp ein Viertel weniger Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I

geben als heute. Dabei wird der Schülerrückgang regional sehr unterschiedlich ausfallen.

Bildungspolitik bewältigt diese Herausforderung, wenn sie als Ordnungspolitik verstanden wird. Das nordrhein-westfälische Schulgesetz von 2006 ist Ausdruck der ordnungspolitischen Wende, die insgesamt kennzeichnend sein wird für die zweite Phase der Bildungsreform.

Der Rahmen, den das Schulgesetz vorgibt, ermöglicht und will Vielfalt.

- Das Schulgesetz sieht die Zusammenarbeit von Schulformen vor (§ 4).
- Es ermöglicht den organisatorischen Zusammenschluss (Verbundschule) bestehender Haupt- und Realschulen (§ 83).
- Es lässt außerdem den Zusammenschluss einer bestehenden Hauptschule und einer bestehenden Gesamtschule zu einer Aufbauschule der Sekundarstufe I zu (§ 83).
- Es sieht die Erweiterung einer bestehenden Hauptschule oder einer bestehenden Realschule um einen Zweig der jeweils anderen Schulform vor (§ 83).

- Es erlaubt Grundschulverbände mit ein-klassigen Teilstandorten und Hauptschulen mit einer Klasse pro Jahrgang (§ 82).
- Es erlaubt den Zusammenschluss von Gemeinden und Gemeindeverbänden zu Schulverbänden (§ 78).
- Es erlaubt Schulversuche, Versuchsschulen und Modellvorhaben zur Weiterentwicklung des Schulwesens (§ 25).

Ob dieser Ordnungsrahmen, in dem sich das Schulwesen entwickelt, erweitert oder ergänzt werden muss, ist, wie bei jedem Ordnungsrahmen, eine offene Frage. Ihre Beantwortung hängt von den Erfahrungen ab, die gemacht werden.

Bisher hat sich der Ordnungsrahmen des Schulgesetzes glänzend bewährt. Von 2006 bis Ende 2008 sind beispielsweise dreizehn Verbundschulen mit Haupt- und Realschulzweig in Nordrhein-Westfalen neu entstanden (Lügde, Oerlinghausen, Swisttal, Medebach-Hallenberg, Ense, Borchen, Schöppingen-Horstmar, Ostbevern, Waldfeucht, Möhnese, Uedem/Weeze, Langenberg, Everswinkel).

Stillstand ist Rückschritt.



Das nordrhein-westfälische Schulwesen ist in der Zeit der SPD-geführten Landesregierungen erstarrt. Obwohl SPD und Grüne die Frage der Schulform in den Mittelpunkt ihrer Bildungspolitik gestellt haben, hat sich das Schulwesen auch in seinen Formen nicht weiterentwickelt. In der erst kurzen Zeit der

CDU-geführten Landesregierung ist unser Schulwesen dagegen in eine lebendige, zukunftsgerichtete Bewegung geraten. Das gilt auch für die Schulformen – und dies nicht obwohl, sondern gerade weil die CDU die Frage der Schulform bewusst nicht mehr in den Mittelpunkt ihrer Bildungspolitik

stellt, sondern Vertrauen hat in die Lebenskraft und Zukunftsfähigkeit unseres gewachsenen und sich weiterentwickelnden Schulwesens. Das sollte allen zu denken geben, die, jetzt auch in der FDP, den Zeitgeist immer noch auf Seiten der alten Schulformdebatte wähen.



„Wir haben gemeinsam mit der Landesregierung seit 2005 einen Weg zu Reformen beschritten, der kein leichter Weg ist und allen am Schulleben Beteiligten viel abverlangt. Aber es ist der Weg, auf dem das Ziel eines guten und zukunftsfähigen Schulwesens erreicht wird. Wir wollen diesen Weg weiter gehen.“ Helmut Stahl, CDU-Fraktionsvorsitzender

CDU-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1 | 40221 Düsseldorf
Tel: 0211-884-2377 | Fax: 0211-884-2265
cdu-pressestelle@cdu-nrw-fraktion.de
www.cdu-nrw-fraktion.de



CDU

DIE LANDTAGSFRAKTION